

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1969) : Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 7, pp. 357-358

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133987>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

„Rückkehr“ zur Sozialen Marktwirtschaft?

Noch quält sich das Parlament damit ab, einige wichtige Gesetzesmaterien, die die Regierung immer wieder hinausgeschoben hatte, im letzten Augenblick unter Dach und Fach zu bringen. Aber schon läuft der Kampf der Wagen und Gesänge um die Entscheidung im September dieses Jahres auf hohen Touren. Wenn dabei die Innenpolitik und insbesondere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme im Vordergrund stehen, kann das für die Funktion der demokratischen Wahl nur von Vorteil sein. Denn in diesen Materien hat der Bürger noch am ehesten eine reale Chance, die tatsächliche Entwicklung und die programmierten Maßnahmen an seinen eigenen Erfahrungen zu messen. Allerdings pflegt es auch hier nicht ohne die üblichen Slogans, ohne globale Kritik und wenig spezifizierte Versprechen abzugehen. Wie könnte das in einem veritablen Werbefeldzug, zu dem sich die heutigen Wahlkämpfe immer mehr entwickeln, auch anders sein? Und dennoch: Was die sachlichen und geschichtlichen Tatsachen betrifft, muß die Kirche nun doch im Dorf bleiben. Dafür ist die Sache, um die es sich bei der Herbstentscheidung dreht, zu wichtig.

Wir greifen als Beispiel die Devise „Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft“ heraus, wie sie jetzt auf dem Wirtschaftstag der CDU ausgegeben wurde. Selbstverständlich ist es das gute Recht einer jeden Partei, nach einem konkurrenzfähigen wirtschaftspolitischen Konzept zu suchen. Und fern sei es von uns, einer sachlich erhellenden Kritik am amtierenden Wirtschaftsminister das Wort abzuschneiden. Aber der genannte Slogan ist dazu angetan, beim Publikum Assoziationen zu erwecken, die mit den Tatsachen schlicht in Widerspruch stehen. Insoweit tut Aufklärung not: um der Rationalität der Wählerentscheidung willen.

„Rückkehr“ zur Sozialen Marktwirtschaft – das suggeriert zunächst einmal die Vorstellung eines Gelobten Landes, das Ende 1966 sträflicherweise verlassen worden sei. In Wahrheit hat uns die Wirtschaftspolitik unter dem Bundeskanzler Erhard zum ersten Mal seit Kriegsende eine schwere Krise beschert, die auch im europäischen Vergleich ein trauriges Ausmaß erreichte: Sie kostete die Bundesrepublik gut und gern 30 Mrd. DM an realem Sozialprodukt. Dabei war die Rezession ökonomisch nicht nur vollkommen überflüssig. Sie hatte auch keineswegs den Charakter einer Zufallserscheinung. Denn das damals praktizierte wirtschaftspolitische Konzept wußte nicht viel oder hielt nicht viel von einer vorbeugenden, längerfristig orientierten Steuerung der makroökonomischen Größen. Aber ohne eine solche „Rahmenplanung“ muß eine moderne Marktwirtschaft verloren sein. Erst 1967 wurde unser wirtschaftspolitischer Werkzeugkasten entsprechend präpariert.

„Rückkehr“ zur Sozialen Marktwirtschaft – das kann zum zweiten bedeuten, daß sich die Große Koalition handfester ordnungspolitischer Unterlassungssünden schuldig machte. Das ist in der Sache sogar richtig. Nur darf man nicht versäumen, sogleich die Gründe hinzuzufügen, wie so es dazu kam. Der Wirt-

schaftsminister hatte eine verschärfende Novelle zum Kartellgesetz eingebracht, und das Bundeskartellamt forderte mit Nachdruck eine nationale Fusionskontrolle. Wenn das alles bislang scheiterte, dann lag es gewiß nicht am guten Willen der wirtschaftspolitischen Instanzen. Da muß man sich schon an die mächtigen Kräfte der Lobby in Parlament und Regierung halten. Aber vielleicht führt der Appell des Wirtschaftstages zu entsprechenden Bekehrungen in den eigenen Reihen. Das würde die Chancen für eine nachholende Wettbewerbspolitik im Jahre 1970 grundlegend verbessern.

Unterlassen wurde auch die Durchforstung des Subventionswaldes, für die sich der amtierende Regierungschef selbst verbürgt hatte. Aber abgesehen davon, daß hier vor allem ein altes Erbe zu bewältigen war, das die Kleine Koalition aus den unseligen 65er Jahren hinterlassen hatte, fiel die Aufgabe doch wohl in die Zuständigkeit des Finanzministers. Und von dort hat die Öffentlichkeit vergeblich auf einschlägige Entwürfe gewartet.

Indes, der vielleicht schlimmste Tord wurde der Sozialen Marktwirtschaft angetan, indem man den Wirtschaftsminister im Kabinett daran hinderte, in diesem Mai die einzig vernünftige Maßnahme zur Stabilitätssicherung zu ergreifen, nämlich die Mark aufzuwerten. Dabei mögen die nationalprotzenhafte Begleitmusik und die – eher amüsante – Professorenschelte als ein Negativposten des politischen Stils abgebucht werden. Keine Geschmacksfrage ist es jedoch, daß nun der kleine Mann via Preissteigerungen die Zeche zu bezahlen hat. Und es bleibt ein magerer Trost, daß sich die Lohnpolitik, die jetzt die prächtigen Steigerungen der Unternehmerngewinne während der Aufschwungsperiode wettzumachen sucht, bis auf weiteres nicht mehr zum Prügelknaben für den Geldwertschwund eignen dürfte.

„Rückkehr“ zur Sozialen Marktwirtschaft – das erweckt schließlich den Eindruck, als sei unserer Wirtschaftsordnung 1967-1969 auch *a k t i v* Schaden zugefügt worden. Wenn auf dem Wirtschaftstag in diesem Zusammenhang selbst die mittelfristige Finanzplanung apostrophiert wurde, so möchte man das eher als einen sachlichen Lapsus werten, der eigentlich nurmehr von einem geplagten Interessenvertreter zu erwarten war, dem es jetzt schwerer fallen mag, im Parlament seine partikulären Wünsche durchzubringen. Aber daß man als Beispiel auch die neu gegründeten Kohlegesellschaften heranzog, muß nun doch erstaunen. Sollte die Strukturkrise unseres Bergbaues, die unter den früheren Wirtschaftsministern nachgerade gemeingefährliche Ausmaße annahm, tatsächlich so schnell vergessen sein? Das einzige, was man an der Neuordnung gesamtwirtschaftlich bemängeln kann, ist der Umfang der Mittel, den sich die Staatskasse die Sanierung der Zecheneigentümer kosten ließ.

Das offenbar bevorzugte Exempel für einen ordnungspolitischen Sündenfall stellt jedoch die Konzertierte Aktion dar. Und das nicht etwa darum, weil das neue wirtschaftspolitische Instrument nicht gut genug gearbeitet hätte. Im Gegenteil, es ist offenbar *z u* wirksam: Es soll einen „gefährlichen Syndikalismus“ gefördert haben. Dabei wird nur die Kleinigkeit übersehen, daß die Konzertierte Aktion, so wie sie konstruiert ist, bestenfalls dazu führen kann, daß sich die Lohnpolitik der Arbeitsmarktparteien dem Joch der gesamtwirtschaftlichen Daten beugt, und im übrigen wäre es zur Aufklärung in Sachen „Syndikalismus“ ratsam, einmal nach England zu blicken und sich zu fragen, wie es wohl kommt, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den streikärmsten Ländern gehört.

Freilich, niemand vermag zu garantieren, daß das immer so bleiben müßte. Wer sich um unsere Wirtschaftsordnung wirklich sorgt, tut gut daran, statt in einem wenig überzeugenden Zorn zurückzublicken, energische Schritte vorwärts zur Anreicherung des sozialen Charakters der Marktwirtschaft ins Auge zu fassen. Denn wenn beide Partner der Großen Koalition der Vorwurf eines „Positivismus“ tatsächlich trifft, dann darin, daß sie die aufreizend ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung treiben ließen.

Bruno Molitor